



georgsmarienhütte im gespräch



Nr. 39

März 1988

Externes Rechtsgutachten gegen den Bau einer Giftmüllverbrennungsanlage notwendig!

Umweltminister Remmers (CDU) hatte sich für die GMHütter Bürger ein sehr „nettes“ Weihnachtsgeschenk ausgedacht. Wenige Tage vor dem besinnlichen Fest gab er in einem Interview der NOZ zu verstehen, daß er notfalls auch gegen den Beschluß des Rates die Errichtung einer Giftmüllverbrennungsanlage (GVA) in GM-Hütte durchsetzen wolle.

Daraufhin beantragte die SPD-Fraktion im Planungsausschuß die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gebiet des Hüttenwerkes mit dem Ausschluß einer GVA nach der Bau-nutzungsverordnung.

Das schreckte den Klöckner-Werksvorstand und den Betriebsrat auf, die befürchteten, daß durch einen solchen B-Plan möglicherweise in den Besitzstand des Hüttenwerkes eingegriffen und Investitionen verhindert werden könnten. Daß das **nicht** Inhalt und Ziel des SPD-Antrages war, sondern der Ausschluß einer Nutzung für eine GVA, konnte in der folgenden Gesprächen mit dem Werksvorstand und dem Betriebsrat geklärt werden. Dennoch blieben statusrechtliche Bedenken bestehen, die sich aus der spezi-

ellen Art von B.-Planverfahren ergeben können. Dies trifft aber ebenso für ein evtl. Planfeststellungsverfahren zu, das nicht losgelöst von der übrigen Nutzung des Geländes betrachtet werden kann.

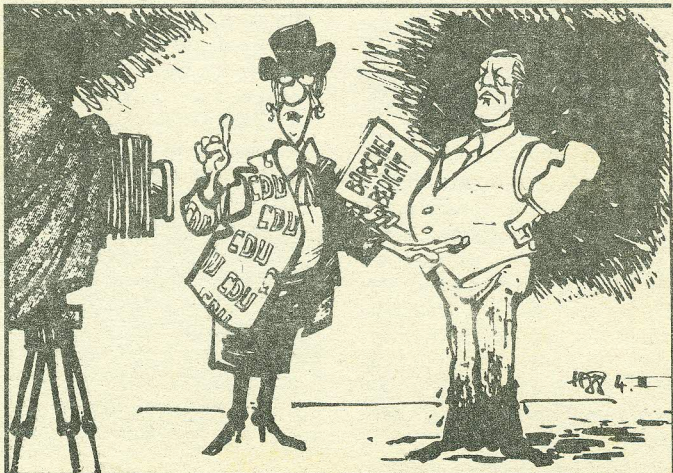
Der Werksvorstand erklärte schließlich schriftlich, daß er an seinem Standpunkt festhält und nicht gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung, repräsentiert durch die Parteien, eine solche Anlage bauen wird. Ebenso erhalten andere mögliche Betreiber kein Gelände von Klöckner für eine solche Anlage.

Damit war die Kuh vom Eis. Die

SPD-Fraktion zog ihren Antrag zurück.

Solange Remmers aber an seinem Vorhaben festhält, kann (leider) noch keine Entwarnung gegeben werden. Deshalb ist es erforderlich, auf den Fall X gut vorbereitet zu sein. Alle rechtlichen Möglichkeiten und Instrumente, die es dem Rat ermöglichen, entsprechend seinem Beschluß gegen die GVA gewappnet zu sein und ggf. in eine gerichtliche Auseinandersetzung zu gehen, sollten deshalb in einem Rechtsgutachten dargestellt werden.

Dieter Selige



„Brustbild genügt“

EXPRESS-Zeichnung: Horst Haitzinger

Kopfschütteln in Biebesheim über Standort GMHütte

Ich hatte am 26.02.1988 Gelegenheit, die Sondermüllverbrennungsanlage in Biebesheim (Hessen) zu besichtigen. Zunächst einige allgemeine Daten: Der Betreiber der Anlage ist die Hessische Industrie-Müll-GmbH (HIM). Der Anteil des Landes Hessen an dem Unternehmen beträgt 30%. Die übrigen Anteile verteilen sich auf die Großindustrie (BASF, Hoechst usw.). Die Überschüsse werden in Investitionen angelegt, Gewinne werden nicht ausgeschüttet. Die Sondermüllanlage in Biebesheim ist die einzige Anlage in ganz Hessen.

Sie besteht aus zwei Drehöfen, ein dritter Ofen wird geplant. 50-60 000 t Sondermüll werden im Jahr verbrannt, weitere 10 000 t können nicht verbrannt werden, da die Kapazität nicht ausreicht.

Beschäftigt werden 140 Mitarbeiter, von denen 45% im Angestelltenverhältnis stehen.

Zum Verfahren:

Der Sondermüll wird in flüssiger (Fässer), fester und pastöser Form angeliefert. Die Firmen füllen eine verantwortliche Erklärung aus, aus der Art und Menge des Sondermülls hervorgeht, und liefern eine Probe ab, die auf Schadstoffe untersucht wird. Bei der Lieferung werden Probe und Lieferung verglichen, manchmal aber auch nur stichprobenartig, wenn es sich um eine Charge von mehreren Fässern handelt. Je nach Beschaffenheit wird der Sondermüll gelagert - in Tanks, in einem Faßlager und in Bunkern. Für die Verbrennung werden sog. „Mennis“ zusammengestellt, d.h., möglichst gleichartiger Sonder-

müll wird verbrannt. Auf den technischen Ablauf der Abfallbeseitigung soll hier nicht eingegangen werden. Nur soviel: 20% des Abfalls können nicht verbrannt werden und müssen in Oberhessen (Herfa-Neurode) deponiert werden. Nach Auskunft der HIM beträgt die Zerstörungseffizienz 99,9%, d. h., fast 100% der Schadstoffe werden vernichtet.

Die Auflagen der TA (techn. Anleitung) Luft werden in allen Fällen weit unterschritten. „So weit, so gut“, könnte man denken. Und doch gibt es z. T. erhebliche Bedenken:

- Die Eingangskontrollen erscheinen mir nicht scharf genug, es ist auch schon zu Falschdeklarationen gekommen. Bei größeren Lieferungen werden nur Stichproben gemacht. Im Labor wird keine Elementaruntersuchung, sondern nur eine Schadstoffuntersuchung vorgenommen.
- Die am schwersten zu kontrollierenden Gifte werden in Fässern geliefert und offen gelagert. Emissionen sind unvermeidlich: Eine Explosion in einem geschlossenen Lager in Leverkusen beweist es. Die Lagerung in Bunkern von festem und pastösem Müll ist mit den gleichen Gefahren verbunden. In diesem Bereich ist es schon mehrfach zu Bränden gekommen. Geruchsbelästigungen sind unvermeidlich.
- In dem Drehofen werden z. T. völlig verschieden reagierende Stoffe miteinander verbrannt. Entstehen neue, nicht zu kontrollierende Verbindun-

gen? Können die notwendigen Temperaturen (1200° - 1300°) konstant eingehalten werden?

- Besonders wichtig ist die Beseitigung der organischen Kohlenstoffverbindungen (Dioxine). Die Bestimmungen der TA Luft sind völlig unzureichend.
- Die Frage der Emission von Salzsäuren bzw. Fluorsäuren und von Schwermetallen (Cadmium) ist noch nicht gelöst. (Für den geplanten 3. Ofen muß eine neue Abgasbehandlungsanlage konzipiert werden.)
- Es gibt bei der letzten Station (Kamin), bei der die Rauchgase den Schornstein verlassen, keine Alltagsdauermessungen. Alle Messungen zeigen nur Augenblickswerte an. Daher kann über die Dauerbelastung der Umwelt keine fundierte Aussage gemacht werden.
- Daß die Verbrennung von Sondermüll nicht unproblematisch ist, kann man aus der Auflage der TA Luft ableiten: Derartige Anlagen müssen einen Mindestabstand von 800 m von der nächsten bewohnten Siedlung haben.
- In Niedersachsen soll die Beseitigung des Sondermülls Privatfirmen übertragen werden. Jüngste leidvolle Erfahrungen (Nukem) machen deutlich, wie sich Gewinninteresse über Sicherheit und Verantwortungsbewußtsein hinwegsetzt.

Berücksichtigt man weiterhin die ausgesprochene Tallage von Georgsmarienhütte, so kann man nur zu dem Schluß kommen:

Eine Sondermüllverbrennungsanlage gehört nicht in unsere Stadt!

Helmut Stahlmann

SPD Emden gegen Giftmüllverbrennungsanlage!

Ende Januar hat die SPD Emden nein gesagt zu einer Hochtemperaturverbrennungsanlage (HTVA) in Emden.

Die dortige SPD hatte Umweltminister Remmers Bedingungen genannt, die für eine Entscheidung Voraussetzung sein sollten (wohlgermerkt: nicht zu einem Ja führen würden, sondern überhaupt als Entscheidungsgrundlage vorhanden sein müßten). Diese Bedingungen weisen aus, in welcher fundierter Form die dortige SPD eine Sachentscheidung vorbereitete und dann fällt. Geschickt übrigens, sich vorab von Minister Remmers schriftlich geben zu lassen, daß eine Anlage nicht gegen den Willen der Stadt Emden käme.

Bedingungen für eine Sachprüfung waren u.a.:

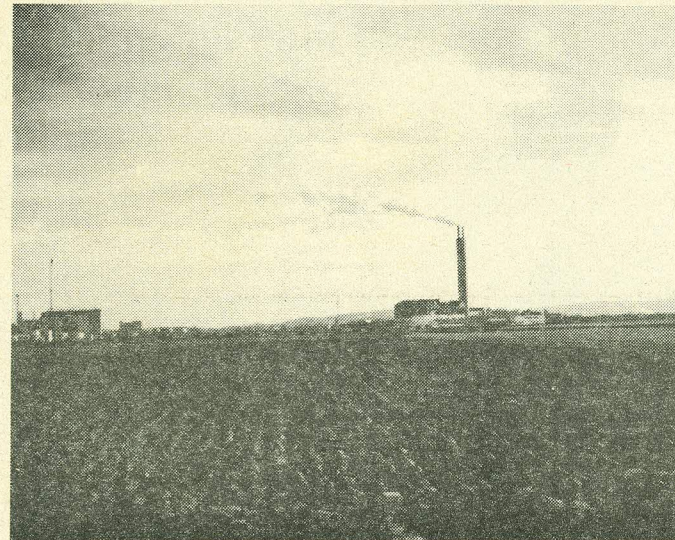
1. Eine Giftmüllvermeidung und -verwertung muß als Politik erkennbar sein.

2. Emissionswerte müssen nicht nur die Werte der TA-Luft erfüllen, sondern müssen nach dem Stand der Wissenschaft und Technik erreicht werden.
3. Die Anlage darf keinen privaten Betreiber haben.
4. Nach Emden müßte dann gleichzeitig auch ein Technologiezentrum hinsichtlich Verwertung und Vermeidung kommen.

Insbesondere der Punkt 3 konnte/wollte von Minister Remmers nicht erfüllt werden, so daß das Thema HTVA für Emden erledigt ist.

Logisch, daß das Thema für GMHütte (zumindest für den Umweltminister) damit nicht erledigt ist. Der Druck wird zunehmen - es gilt, sich zu wappnen gegen alle erneuten Versuche, hier eine HTVA zu errichten!

Rainer Korte



Erkenntnis in Biebesheim: Eine HTVA gehört nicht in die Stadtmitte von GMHütte
Foto: L. Ganseforth

Gericht über Spielhallen

In dem kommunalpolitischen Streit um die Zulassung einer Spielothek an der Hindenburgstraße hatte der Landkreis im vorigen Jahr den Antrag auf Genehmigung einer Veränderungssperre abgelehnt. Ein von der SPD gefordertes Klageverfahren gegen diese Ablehnung wurde im Verwaltungsausschuß der Stadt leider abgelehnt.

Durch das erst jetzt bekanntgewordene Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 22.05.1987 Az. 4N.486 (OVG Lüneburg) zeigt sich nun, daß die Auffassung des Landkreises in wesentlichen Punkten nicht mit dem höchstrichterlichen Urteil übereinstimmt.

Nach Meinung des Gerichts können auch einzelne Arten von Vergnügungsstätten - wie Spielhallen - in Kerngebieten ausgeschlossen werden. Städtebauliche Gründe, die den Ausschluß von Spielhallen rechtfertigen, können „in besonders schützenswerten innerstädtischen Kerngebieten, wie etwa solchen, die durch Kirchen... geprägt sind“ gegeben sein. Das Gericht hat auch die mittelbaren Auswirkungen von Vergnügungsstätten gesehen, „die zu mit einer Niveauabsenkung verbundenen Strukturveränderung eines Gebietes führen können und deshalb städtebaulich erheblich sind.“

Die Chance einer rechtlichen Klärung im Sinne einer Verhinderung einer Spielhalle an der Hindenburgstraße, die nach diesem Urteil nicht „gleich Null“ war, wurde leider aus politischer Rücksichtnahme gegenüber dem Landkreis versäumt.

Dieter Selige

„Weiter so“ führt in die Irre

CDU/CSU haben es bei den letzten Bundestagswahlen verstanden, den Eindruck zu erwecken, als sei von ihnen in der Wirtschafts- und in der Finanzpolitik mehr zu erwarten als von der SPD. Viele Wählerinnen und Wähler haben infolgedessen geglaubt, Kohl, Stoltenberg und Bangemann würden die Wirtschaft auf Trab bringen, die Verschuldung stoppen und die Finanzen konsolidieren.

Seit kurzem erkennen die Menschen in unserem Lande immer mehr, wie hilflos die Bundesregierung auch in der Wirtschafts- und Finanzpolitik ist.

Nur sieben Tage nach dem Inkrafttreten des Bundeshaushalts war Stoltenberg zu dem Eingeständnis gezwungen, daß sein Haushalt nicht ausgeglichen ist. Es fehlen ihm viele Milliarden DM, nach eigenem Eingeständnis 10 Milliarden. In Wahrheit sind es mindestens 14 Milliarden DM, wahrscheinlich sogar noch mehr. Insgesamt wird Stoltenberg 1988 eine Nettokreditaufnahme von mehr als 40 Milliarden DM haben. Das ist die höchste Zunahme der Neuverschuldung in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik. Hinzu kommt, daß Stoltenberg 1987 über 5 Milliarden DM mehr ausgegeben hat als im Haushaltsgesetz veranschlagt war.

Die so laut gepriesene Konsolidierung des Bundeshaushalts erweist sich als eine Fata Morgana. Sie wurde vornehmlich durch die Einstellung der Bundesbankgewinne in den Haushalt ermöglicht, außerdem durch massive Einschnitte in soziale Leistungsgesetze und durch die Mehrwertsteuererhöhung 1983.

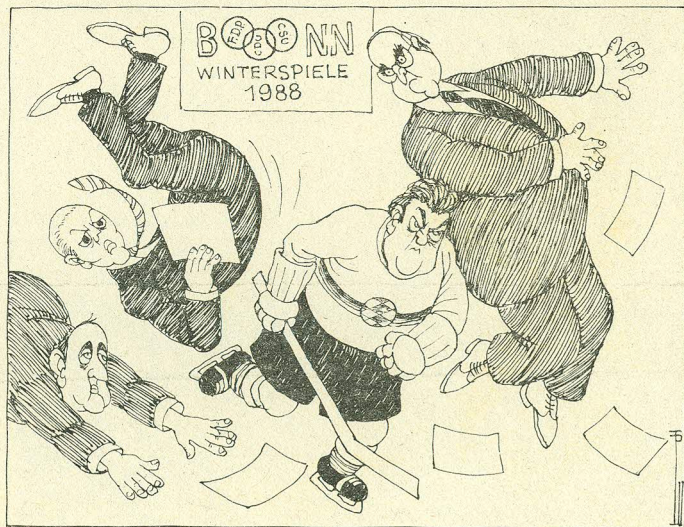
Die dadurch freigeschaufelten Milliarden sind nicht zum Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit verwandt worden, auch nicht zur dringend erforderlichen Strukturanpassung und Modernisierung unserer Wirtschaft. Das Geld ist größtenteils vergeudet worden für massive Steuergeschenke an Unternehmer und Großverdiener und für sinnlose, weil die Probleme nicht lösende Subventionen in der Landwirtschaft.

Und trotz der desolaten Finanzlage des Bundes, der Länder und insbesondere der Gemeinden will Stoltenberg - arrogant und stur zugleich - seine Politik der Steuergeschenke für die Betuchten fortsetzen. Er nimmt in Kauf, daß immer größere Löcher in den öffentlichen Haushalten entstehen, daß die Massenar-

beitslosigkeit zunimmt (1987 um über 80.000, 1988 mindestens um weitere 100.000) und daß der strukturelle Anpassungsprozeß und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen insbesondere in den Krisenbranchen Stahl, Werften und Kohle nicht ausreichend gefördert werden und daß an einer verfehlten Agrarpolitik festgehalten wird, die Jahr für Jahr Milliarden verschlingt.

Die SPD fordert eine Rücknahme der ungerechten und unsoliden Steuerpläne für 1990. Statt weiterer massiver Steuergeschenke für Spitzenverdiener ist es erforderlich, die Massenkaufkraft durch eine nachhaltige Erhöhung des Grundfreibetrages zu erhöhen und dadurch die Binnennachfrage anzukurbeln. In den Stahl- und Kohleregionen

PETER LEGER'S KARIKATUR



VORWÄRTS NR. 9, 27. FEBRUAR 1988

Familienfreundliches Baden

Unlängst wurde der Stadt GM-Hütte von einem Osnabrücker Bürger ein Kompliment gemacht: In Osnabrück gibt es keine vergleichbare Regelung, die Familien mit Kindern und niedrigem Einkommen den Besuch eines Hallenbades so kostengünstig gestaltet wie bei uns. Die augenblicklich gültige Regelung sieht folgendermaßen aus:

Familien-Jahreskarte	250,-DM
Familie mit 1 Kind	220,-DM
Familie mit 2 Kindern	190,-DM
Familie mit 3 Kindern	160,-DM
Familie mit 4 Kindern	130,-DM
Familie mit 5 und mehr Kindern	--,-DM

Der Berechtigte muß durch Unterschrift bestätigen, daß sein Einkommen 36.000 DM jährlich nicht übersteigt. Sozialhilfeempfänger erhalten darüber hinaus die Jahreskarten zum halben Preis.

Die Regelung insgesamt hat also eine familienpolitische Seite (Zahl der Kinder) und eine sozialpolitische Seite (Einkommen). Der „Sprung“ beim Preis vom 4. zum 5. Kind erscheint allerdings sehr kraß. Daher

schlage ich Folgendes vor:

1. Die Einkommensgrenzen bleiben bestehen (wenn auch ganz bestimmte Berufe durch ihre „Steuerehrlichkeit“ die Regelung ungerecht erscheinen lassen könnten).
2. Die Preise für die Jahreskarten sollten wie folgt gestaltet werden:

Familie mit 1 Kind	200,-DM
Familie mit 2 Kindern	150,-DM
Familie mit 3 Kindern	100,-DM
Familie mit 4 Kindern	50,-DM
Familie mit 5 und mehr Kindern	--,-DM

3. Sozialhilfeempfänger erhalten die Karten kostenlos (bisher 50%).

Dieser Vorschlag erscheint aus folgenden Gründen sinnvoll:

- Der gesundheitliche Wert des Badens ist unbestritten.
- Es würden mehr Familien durch niedrigere Preise angelockt.
- Der Etat des Hallenbades bliebe fast unberührt, da die Zahl der Besucher und Einnahmen wohl steigen wird.

Klaus Kraegeloh

Rheinhausen

Die beabsichtigte Schließung des Krupp-Stahlwerkes in Rheinhausen würde erstmals in der Bundesrepublik einen modernen wettbewerbsfähigen Hüttenkomplex treffen und ca. 6.000 Arbeitnehmer arbeitslos machen; in einer Region, in der Ende 1987 bereits 289.500 Menschen ohne Arbeit waren.

Angesichts dieser sich zusehends verschärfenden Strukturkrise an Rhein und Ruhr protestierten im Dezember mehrere Hunderttausend Menschen im Revier mit bisher nicht erlebter Schärfe. Die Auswirkungen der seit Jahren anhaltenden hohen Arbeitslosigkeit spitzen sich dramatisch zu. Wie der Spiegel in seiner Ausgabe Nr. 51/1987 berichtete, haben

9 der 11 Großstädte im Revier riesige Haushaltslücken, 5 Kommunen (Oberhausen, Duisburg, Bottrop, Gelsenkirchen und Castrop-Rauxel) hängen am Tropf der Landesregierung. Sie müssen in ihren Haushalten streichen, wo immer es geht. Gekürzt wird meistens beim Sozialetat, die Opfer sind Arme und Alte, Ausländer und Auszubildende. Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit hat in den Revierstädten zu einem drastischen Anstieg der Sozialhilfe geführt. Über 260 Mio. DM zahlte die Stadt Essen 1986 für „laufende Hilfe zum Lebensunterhalt“ und für „Hilfen in besonderen Lebenslagen“ - fast 200 Mio. DM mehr als 1978.

Dieter Selige

sowie an der Küste müssen die von der SPD-Bundestagsfraktion ausgearbeiteten Programme verwirklicht werden, mit denen Zukunftsinvestitionen insbesondere auf dem Felde des Umweltschutzes und der Energie- und Rohstoffeinsparung in Gang gesetzt werden können. Zusätzliche Mittel müssen bereitgestellt werden für Städtebauförderung und Dorferneuerung sowie für den Wohnungsbau. Die Investitions- und Finanzkraft der Gemeinden muß verbessert werden. Insbesondere ist es erforderlich, die Gemeinden von den immer mehr steigenden Sozialhilfeleistungen an Arbeitslose zu entlasten. Wir Sozialdemokraten haben ferner die Einführung einer steuerfreien Investitionsrücklage für kleinere und mittlere Unternehmen vorgeschlagen. Dadurch würde deren Investitionsfähigkeit gefördert und damit ihre Innovationskraft sowie Fähigkeit und Bereitschaft zu Neueinstellungen. Schließlich ist nach unserer Auffassung die rasche Verabschiedung eines neuen Arbeitszeitgesetzes geboten, damit die Überstunden begrenzt und die Gewerkschaften in ihrer Forderung nach Arbeitszeitverkürzung unterstützt werden.

Wir Sozialdemokraten sind davon überzeugt: Unser Land hat die Fähigkeit, mit dem Strukturwandel in der Wirtschaft fertigzuwerden, der Massenarbeitslosigkeit entgegenzutreten und Arbeit und Brot für alle sicherzustellen.

Das ist allerdings nur möglich, wenn die Kohl-Parole „Weiter so!“ aufgegeben wird. Unser Land braucht eine neue Politik.

Dr. Alfred Emmerlich, MdB

„Alte Wanne“ - neues Konzept

Nach wochenlangem Umbau- und Renovierungsarbeiten (Kosten ca. 23 000,-DM), bei dem viele freiwillige Helfer tatkräftig mitangepackt haben, konnte das Jugendzentrum am 17.01.1988 wieder eröffnet werden.

Der neue Name „Alte Wanne“ soll an die Zeit erinnern, in der das Gebäude am Rehlberg nicht nur als Turnhalle, sondern auch als Brause- und Wannenbad für die Bevölkerung von Alt-GMHütte diente. Während der Name mit der Vergangenheit verbindet, zielt das neue Konzept auf die Zukunft hin. Erfahrungen und Beobachtungen der letzten Jahre veranlaßten den Hausrat zu einer kritischen Bestandsaufnahme und Analyse der bisherigen Arbeit. Die daraus resultierenden Erkenntnisse (z. B. Veränderung des Freizeitverhaltens der Jugendlichen, kommerzielles Freizeitangebot) bildeten die Grundlage für eine neue Konzeption. Drei Bereiche sollen hier vorgestellt werden:

I. Kommunikationsbereich

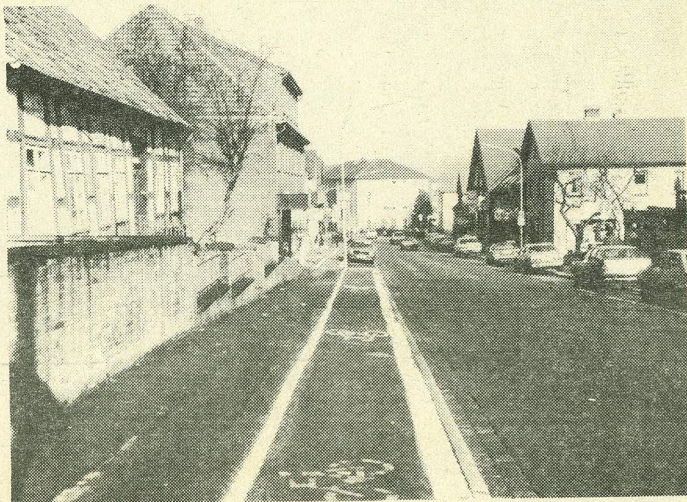
Dieser Bereich soll zum Gespräch, zum Lesen und zum gemeinsamen Spielen einladen, soll einen Gegenpol zum elektronischen, stumpfsinnigen Angebot der Spielotheken bilden. Eine Cafeteria lädt zum ungezwungenen Verweilen ein. Durch die Neugestaltung des Raumes wurde eine freundliche Atmosphäre geschaffen, die sicherlich dazu beiträgt, daß sich die Besucher hier wohlfühlen werden.

II. Veranstaltungen

Eine unerwartet positive Resonanz fand in der letzten Zeit das sog. „Kulturfrühstück“, das einmal im Monat

am Sonntagmorgen angeboten wurde. Bei einem abwechslungsreichen und sehr preiswerten Frühstücksbuffet stellten sich junge Bands mit beschwingter Musik vor, einer Musik, die nicht nur jugendliche Zuhörer, sondern auch die mittlere und ältere Generation begeistern konnte (zumal auch die Lautstärke sehr angemessen war). Daß das Jugendzentrum mit diesem Angebot auf dem richtigen Wege ist, zeigt der gute Besuch (120 Zuhörer) der Veranstaltung „Bluessession und Eintopf“. Dieses musikalische Programm wird ergänzt durch Bilderausstellungen, Kabarett-, Theater- und Pantomimevorstellungen.

Erwähnenswert ist das Filmangebot mit wertvollen Filmen (z.B. „Rosa Luxemburg“), das auch viele Erwachsene interessieren wird.



Oeseder Straße: notwendige Sanierung oder ehrgeiziges Prestigeobjekt?
Foto: K. Kraegeloh

Eine enge Zusammenarbeit mit der VHS, dem Kulturamt, den Schulen der Kunst- und Musikinitiative und anderen Gruppen bildet eine gute Voraussetzung für ein attraktives und vielseitiges Programm. Selbstverständlich ist auch eine Diskothek integriert.

III. Werkstättenbereich

Die Werkstätten des Jugendzentrums bieten Gelegenheit zu eigenem schöpferischem Tun. Diese Räume sind entsprechend ausgestattet und stehen auch anderen Trägern von Jugendarbeit und der VJS mit ihren Einrichtungen zur Verfügung.

Begrüßenswert ist die grundsätzliche Offenheit des Jugendzentrums - nicht nur im Werkstättenbereich -, mit möglichst vielen Gruppierungen und Initiativen Verbindungen zu knüpfen, um die Räumlichkeiten optimal zu nutzen.

Helmut Stahlmann

Postversorgung in Georgsmarienhütte in Gefahr ?

„Sichert die Post – Rettet das Fernmeldewesen!“

So lautet die bundesweite Aktion der Deutschen Postgewerkschaft, damit die Pläne der Bundesregierung nicht Wirklichkeit werden.

Was ist geplant?

Die Deutsche Bundespost soll neu strukturiert werden. Wir nennen es Zerschlagung! Schon im April 1985 wurde als Alibi und Wegbereiter eine 12-köpfige „Regierungskommission Fernmeldewesen“ eingesetzt. Lediglich ein Gewerkschafter wurde als Vertreter für Arbeitnehmer und Verbraucher zugelassen.

Der Auftrag an die Kommission lautete unter anderem: „Wahrung des internationalen Kommunikationsstandards und Sicherung des Wettbewerbs auf dem Markt der Telekommunikation.“

So machte sich die Kommission an die Arbeit, legte ihr Ergebnis allerdings vor der Bundestagswahl im Januar 1987 nicht mehr vor. In der Regierungserklärung vom 18. März 1987 bekräftigte der Bundeskanzler noch einmal, daß „der Markt und der freie Wettbewerb durch die weitere Privatisierung öffentlicher Beteiligungen gestärkt werden sollen.“

Bundespostminister Dr. Christian Schwarz-Schilling betonte sogar, daß „die Neustrukturierung der Deutschen Bundespost auf der Grundlage der Ergebnisse der Regierungskommission vorgenommen werden sollte.“

Im Herbst 1987 war es dann so weit. Die Kommission übergab am 16. September ihren Bericht an den Bundeskanzler. Sie machte umfangreiche Feststellungen und Empfehlungen zur Neustrukturierung. Abweichen-

de Stellungnahmen zum Bericht wurden abgegeben von dem Gewerkschafter Albert Stegmüller (DPG), weil er sich den Empfehlungen nicht anschließen konnte, von vier Wirtschaftsvertretern, weil ihnen die Vorschläge nicht weitgehend genug waren, und von Peter Glotz (SPD), weil er sich nicht allen Empfehlungen anschließen konnte.

Weiche Auswirkungen haben die Empfehlungen?

- Das Postwesen und das Fernmeldewesen werden getrennt.
- Die Mischkalkulation (interner Finanzausgleich zwischen P- und F-Wesen) soll wegfallen. D.h., die Dienstleistungen im Postwesen müssen sich selber tragen, wenn nicht, werden sie entweder eingestellt, oder die Gebühren werden erhöht, oder sie werden aus Steuergeldern subventioniert. Hiervon wäre besonders die flächendeckende Versorgung auf dem Lande betroffen.
- Die Gebühren für Ferngespräche werden gesenkt. (Hiervon hat besonders die Privatwirtschaft und die Industrie den Nutzen.)
- Die Gebühren im Orts- und Nahdienst werden erhöht. (Der Zeittakt für eine Einheit wird von 8 auf 6 Minuten verkürzt. Die 20 freien Gebühreneinheiten fallen weg!)
- Private können sich an Dienstleistungen beteiligen (Privatisierung - Teilprivatisierung).

Beispiele aus anderen Ländern lassen aufschrecken:

In **Großbritannien** funktionierten gut ein Viertel der 78 000 Telefonzellen nicht mehr. Die 3 000 Ausbildungsplätze wurden auf 60 reduziert.

In **Spanien** kann man froh sein, wenn man überhaupt noch eine

Telefonzelle aufspürt - noch besser, wenn der Apparat dann auch wirklich funktioniert.

In den **USA** wurde das staatlich beaufsichtigte Fernmeldeunternehmen AT&T in sieben private Regionalmonopole überführt. Millionen von US-Bürgern konnten seitdem ihr Telefon nicht mehr bezahlen.

Und im nahegelegenen **Osnabrück** wurde jetzt schon einer privaten Kabelgesellschaft im Stadtgebiet das Flächenmonopol für Fernsehkabelanschlüsse zugesprochen. Ein Wettbewerb findet nicht statt.

Das alles wollen wir nicht! Wir halten es für unsere Pflicht, die Bürger auf die bestehenden Gefahren aufmerksam zu machen.

Der Postminister arbeitet zur Zeit an einer Gesetzesvorlage, um die Pläne in die Wirklichkeit umzusetzen. Noch vor der Sommerpause 1988 soll das neue Gesetz verabschiedet sein, damit es zum 01.01.1989 mit all seinen negativen Auswirkungen für den Bürger in Kraft tritt.

Wenden Sie sich daher auch an Ihre Politiker. Lassen Sie sich weiter aufklären. Unterstützen Sie uns.

Wir wollen, daß die Bundespost eine **Bürgerpost** bleibt.

Hans-Jürgen Wilkening (DPG)
Papiermühle 33a
4504 Georgsmarienhütte

Herausgeber:

SPD-Ortsverein GMHütte

Redaktion: Johannes Köhne
Sperberhöhe 27
(zugleich verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes)

Satz und Druck:
Arbeiterwohlfahrt Oesede e.V.
Auflage: 10 000 Stück

Kommt es zur Gründung eines Waldbühnenvereins?

Die Stadt GMHütte besitzt mit der Eichendorff-Waldbühne im Stadtteil Kloster Oesede eine günstig gelegene, attraktive Einrichtung. Sicherlich, die technischen Anlagen sind noch unvollkommen, weitere Investitionen müssen im Bühnen- und Zuschauerbereich vorgenommen werden. Grundsätzlich verdient die Waldbühne aber eine Wiederbelebung. Ein Weg dazu könnte die Gründung eines Waldbühnenvereins sein.

Die Stadtverwaltung hatte alle interessierten Gruppen und Verbände zu einem Sondierungsgespräch eingeladen. J. Börger von der VHS gab bei der gut besuchten Veranstaltung einen Überblick über die Konzeption der im Umkreis von GMHütte liegenden Freilichtbühnen und trug Überlegungen zur Belegung der Eichendorff-Waldbühne vor. Die Resonanz war recht positiv. Aus dem Teilnehmerkreis bildeten sich zwei Arbeitskreise (Programmgestaltung und Bau-, Finanz-, Vereinsgründung), die die Voraussetzungen für die Gründung eines Waldbühnenvereins schaffen sollen. Übereinstimmung herrscht darüber, daß nur ein vielseitiges Programm unterschiedliche Zielgruppen ansprechen kann. Die Bandbreite sollte Open-Air-Konzerte (Rockmusik mit bekannten Gruppen), Unterhaltungsmusik, Veranstaltungen einheimischer Chöre und Musikgruppen, unterschiedliche Theateraufführungen (Gastspiele, eigene Laienspielgruppen, Kindertheater), Sportveranstaltungen, bunte Nachmittage usw. umfassen.

Sobald die ersten Ergebnisse der Arbeitskreise vorliegen, soll an dieser Stelle weiter berichtet werden.

Helmut Stahlmann

Tanz in den Mai

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Am 23.05.1988 feiert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihr 125jähriges Bestehen. Zu diesem Anlaß wird die SPD GMHütte mehrere Veranstaltungen durchführen. Beginnen wollen wir hiermit bereits am 30.04.1988 mit dem traditionellen „Tanz in den Mai“ im Kasino. Wie im letzten Jahr wird die Band „Casablanca“ zum Tanz spielen. Ich möchte schon jetzt alle auf diese Veranstaltung hinweisen, Karten können ab Ende März bei allen Vorstandsmitgliedern bezogen werden.

Anruf genügt: 3 22 59.

Helmut Tolsdorf

Manhattan läßt grüßen!

Kongreßzentrum, Rathausbau... – große Projekte werfen schon lange ihre Schatten voraus! Das überaus Wundersame dabei: Bei leerer städtischer Kasse soll aus öffentlichen Mitteln (mit finanziert werden. Klar, das versteht nicht jeder – wie gut, daß kluge, vorausschauende Männer an der Spitze der Stadt stehen! Ahnen können vielleicht auch wir kleinen Geister die zukünftige Skyline 2000 von GMHattan:

Im Westen sehen wir den Schornstein der Giftmüll-Verbrennungsanlage, im Südwesten blicken wir ins Kongreßzentrum, und gen Osten erhebt sich das Rathaus mit ein paar Geschäften drin. Und dazwischen Parkplätze, Straßen, Parkplätze, auf daß niemand von uns mehr zu Fuß gehen möge!

Doch halt – da sind noch ein paar drüne Flecken: Ein langgestrecktes grünes hohes Etwas im Süden. Macht nichts, bis zum Jahre 2000 ist der Wald sowieso gestorben! Und die grünen Flecken inmitten unserer Skyline, die nehmen wir uns für die Zeit nach 2000 vor. Jedem wohlwollenden, zukunftsorientierten, optimistischen Bürger müßte klar sein, daß derartige Zukunftsvisionen keine Zeit mehr lassen für lächerliche Kleinigkeiten: Reparaturen der Buswartehallen, Verkehrsberuhigung in Wohngebieten, Bau vernünftiger Radwege, Erhöhung der Verkehrssicherheit, Schaffung großer, interessanter Spielplätze, Treffpunkte für Jugendliche in den Stadtteilen...

Wer sich mit Großem befaßt, der gibt das Kleine ab: z. B. an einen Waldbühnenverein oder einen Verkehrsverein oder einen Sportdachverband...

Wir könnten noch vorschlagen einen Stadtreinigungsverein, einen Schilderputzverein, einen Beleuchtungsverein, einen Sozialhilfefazahlungsverein – vielleicht können ja Rat und Verwaltung insgesamt in Vereinsform organisiert werden.

Dann werden Geist und alle Kräfte frei, um bis zum Jahre 2100 die anderen Ortsteile und allen Platz dazwischen so autogerecht wie GMHattan-City zu machen.

Rainer Korte